



VAdM-Kurier

48. Ausgabe: August 2023

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur
48. Ausgabe unseres
„VAdM-Kuriers“
im August 2023

Inhalt:

editorial	Seite	1
100 Jahre Unrecht – Planung der Entnationalisierung Südtirols	Seite	2
Polnische Reparationsforderungen	Seite	5
<i>Blick nach Osten</i>	Seite	7
Oder-Untergang 2.0 oder Wie Warschau sehenden Auges auf eine Umweltkatastrophe zusteuert	Seite	7
<i>Erinnern</i>	Seite	8
Die Ansiedlung der Dondeutschen im 19. Jahrhundert	Seite	8
Literaturempfehlungen/Impressum/	Seite	10

*Bild: Philipp Otto Runge: Blumen des Glücks (Stralsunder
Kalender 2020). Runge war ein Maler der Romantik aus
Pommern*

editorial

Während der Ukrainekrieg immer brutaler von beiden Seiten geführt wird, trafen sich im saudi-arabischen Dschidda Vertreter von 40 Ländern, einschließlich Chinas, um Friedensmöglichkeiten in der Ukraine auszuloten. Seltsam mutet an, daß Rußland zu den Gesprächen *nicht* eingeladen wurde. Offenbar hat man sich, auch wenn keine Abschlusserklärung verabschiedet wurde, auf die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine einigen können.

Auch nach der Sommerpause geht der Streit in der Berliner Regierung weiter, während die Wirtschaft in Deutschland weiter schwächelt; jetzt wäre der Punkt erreicht, eine neue Agenda zur Konjunkturbelebung aufzulegen, statt sich mit Nichtigkeiten wie der Cannabisfreigabe zu beschäftigen.

Andererseits werden von einem Schrott-Flieger der Bundesflugbereitschaft auf einem Flug der deutschen Außenministerin *zweimal* 80 Tonnen Kerosin in den Äther abgelassen: Wo bleibt der andauernd propagierte Schutz des Planeten?

Vadim Derksen

Herbert Karl

Mondnacht im Elsass Carl Wolff

(1918)

Ich geh' auf Silberpfaden
durch mondscheinweiße Nacht.
Ich weiß nicht mehr, wohin ich geh',
ich weiß nur, dass ich trunken steh'
in solcher Märchenpracht.

Ich trinke Blütendüfte,
die von den Hecken weh'n.
Ich seh' ihn nicht, den Fliederstrauch,
ich fühle nur vor seinem Hauch
all' Herzeleid vergehen.

Ich hör' ein Vöglein singen,
ich weiß nicht, wo es singt.
Ich höre nur den süßen Sang
und fühle, wie des Glückes Klang
durch meine Seele dringt.

Ich seh' zwei Sterne funkeln
neidgelb am Himmelsrand.
Weiß nicht, ob sie im Westen glüh'n,



100 Jahre Unrecht – Planung der Entnationalisierung Südtirols

Dieser Tage erinnern der „Südtiroler Schützenbund“ und der „Südtiroler Heimatbund“ mit aufsehenerregenden Protest-Plakataktionen an ein besonderes Jubiläum in Südtirol: **Vor 100 Jahren wurde das faschistische Entnationalisierungsprogramm für Südtirol beschlossen, der Name „Tirol“ wurde verboten und die Einführung erfundener italienischer Orts- und Flurnamen begann.** Diese sind bis heute die amtlich gültigen Orts- und Flurnamen in Südtirol.

„Unrecht hat kein Verfallsdatum“

VERBOT DES NAMENS TIROL VOR 100 JAHREN: Schützenbund fordert Abschaffung des Namens „Alto Adige“

BOZEN (hof). Der Schützenbund erinnert an „das Verbot des Namens Tirol vor 100 Jahren durch die Faschisten“ und fordert nun die Abschaffung des Namens „Alto Adige“ per Gesetz. Auch die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino sollte „das faschistische Kunstwort Alto Adige aus ihrer italienischen Bezeichnung Euregio Tirolo Alto Adige Trentino“ streichen, meinen die Schützen.

Landeskommandant Roland Seppi erinnerte gestern auf einer Pressekonferenz daran, dass am 8. August 1923 nicht nur der Name Tirol verboten wurde, „sondern auch Begriffe wie Südtirol, Deutschsüdtirol oder Tiroler“. Diese Politik der Namen und der Namensverbote sei ein zentraler Bestandteil der faschistischen Kulturpolitik.



Ginge es nach den Schützen, so würde die Europaregion Tirol den Namen „Alto Adige“ nicht mehr führen (im Bild von links): Südtirols Landeskommandant Roland Seppi, Bundesgeschäftsführer Egon Zemmer, Bundeskassier Franzjosef Roner, der Trentiner Landeskommandant Enzo Cestari und Bundeskulturreferent Martin Robatscher.

mo altoatesini“. „Man glauben, Tolomei hat schafft“, konstatiert R. „Deshalb möchten wir d. kerung über alle Sprach hinweg dazu aufrufe mehr das faschistische ge‘ zu verwenden, son. „Siamo sudtirolesi e viv Südtirolo‘ zu antworten.“ Für Landeskommandant pi „ist heute die Demo Europa stark genug, u den Faschismus aufzust Südtirol und in Italie nicht“. Die faschistische schungen seien der Eu on Tirol nicht zuträgli Adige ist eine Fälschun schistischen Verbrechen bleibt ein Unrecht“, kritisi. „Unrecht hat kein V tum.“ In Südtirol grüße schismus von allen dem. Der Schützenbu nicht nur „an diese beis

Am 9. August 2023 berichtete die Tageszeitung „Dolomiten“ über die Protestaktion der Schützen.



Heimatbund: Aktion „100 Jahre Kulturverbrechen“

BOZEN. Nicht nur Südtirols Schützenbund (siehe nebenstehender Bericht), sondern auch der Heimatbund erinnert dieser Tage mit einer landesweiten Plakataktion an den Tag vor 100 Jahren, an dem die Bezeichnungen „Tirol“ und sämtliche Ableitungen verboten wurden. Laut Obmann Roland Lang sei der Begriff „Alto Adige“, der damals als einziger erlaubt war und auf dem Plakat (Bild) abgebildet ist, ein „Kulturverbrechen, das es endlich zu beseitigen gilt“.

Links: Plakat der Schützen mit dem Namen „Tirol – Tirolo“. Rechts: „Plakat des Südtiroler Heimatbundes“ (SHB) – Protest gegen den aufgezwungenen Namen „Alto Adige“ für Südtirol (Aus: „Dolomiten“ vom 9. August 2023).

Fortsetzung auf S. 3

Rückblick in die Geschichte:

Die Entnationalisierungs-Planung hatte bereits vor der Machtergreifung des Faschismus' begonnen

Der italienische Journalist Ettore Tolomei war ab 1890 Herausgeber der italienischen Zeitschrift „La Nazione Italiana“. Er forderte die Einverleibung Südtirols in das Königreich Italien und begann 1901 mit der „Übersetzung“ deutscher und ladinischer Ortsnamen in das Italienische, um so die „Italianität“ Südtirols zu untermauern.

1906 gründete er die Zeitschrift „Archivio per l'Alto Adige“, in der er die Wasserscheide am Brenner als Grenze zwischen Italien und Österreich einforderte.


Nach dem Kriegseintritt Italiens wurde er 1916 von dem italienischen Generalstab offiziell mit der Erstellung eines italienischen Ortsnamensregisters für Südtirol („*Prontuario dei nomi locali dell'Alto Adige*“) betraut. In Rekordzeit wurden tausende Südtiroler Orts- und Flurbezeichnungen italianisiert. Tolomei hängte vielfach an deutsche Namen einfach ein „a“ oder „o“ an. Zum Großteil erfand er aber einfach italienisch klingende Namen. Er und die faschistische Staatsführung hatten später die Stirn, dies als „wissenschaftliche Leistung“ zu bezeichnen.

Fortführung und Ausfeilung des Programms unter dem Faschismus

Nach der Machtergreifung des Faschismus' hielt der mittlerweile von dem „Duce“ Benito Mussolini zum Senator ernannte Ettore Tolomei am 15. Juli 1923 im Stadttheater in Bozen eine Rede und stellte sein 32 Punkte umfassendes Programm zur Entnationalisierung Südtirols – „*Provvedimenti per l'Alto Adige*“ – vor.

Die volle Bezeichnung des am 12. März 1923 von dem „Großrat des Faschismus“ genehmigten Programmes lautete: „*Provvedimenti per l'Alto Adige, intesi ad una azione ordinata, pronta ed efficace di assimilazione italiana*“. Ins Deutsche übersetzt: „*Maßnahmen für das Hochetsch zum Zwecke einer geordneten, schnellen und wirksamen italienischen Assimilierung*“.

Bezugsgebühren: Zum Abholen monatlich Lire 4.80. Subskriptionsgebühr monatlich in Bozen 60 Centesimi, in Merano, Trient, Rovereto 60 Centesimi. Per Post im Inland monatlich Lire 5.30, ins Ausland Lire 6.80. Die fortlaufende Annahme des Blattes gilt als Abonnementbestätigung.	Bozner Nachrichten Unabhängiges Landesblatt.	Post-Konto-Nr. 60021 Anzeigenpreise: Die 42 mm breite und 9 mm hohe Zeile Lire — 20. Im Kleinen Anzeigen bis Druckzeile 60 cent. Schiffelung: Bozen, Bolzensteinstraße 2 Telephon Nr. 70. Annoncen und Vermittlung: Bozen, Wallberplatz Nr. 16, Telephon Nr. 180. Ausgabe täglich 3 Uhr nachmittags. Eingelnummer 25 Cent.
Nr. 159	Montag, den 16. Juli 1923	31. Jahrg.

Tolomei spricht über die Entnationalisierung Südtirols. Gestern vorm hielt Senator Tolomei im Stadttheater in Bozen eine Rede über die Entnationalisierung Südtirols. Die italienische Presse hatte für diese Programmrede bedeutende Werbetätigkeit entfaltet und auch von auswärts zur Teilnahme eingeladen. Wir suchen unsern Lesern aus dem von der Agentur Brennero ausgegebenen Wortlaut der sehr umfangreichen Rede die Hauptpunkte zu vermitteln. „Italiener des Oberetsch! Vor einem Jahre waren noch die kleinen Schelme der Politik am Bau ihres Gebäudes eines falschen und elenden Opportunismus... bis endlich ein gewaltiger Sturm öffentlichen Abscheus zum Sturze desselben kam. Von Bozen aus ging die Oktoberbewegung. Vom Herzen des Oberetsch aus ging der Anstoß. Aus dieses alten Vulkan's Tiefe brach die Eruption der Schwarzhenden. die allesstürzende Aktion von Bozen leitete die Revolution ein, die Revolution trug im Triumph die Seele des Sieges nach Rom. Das sei nie vergessen.“	
--	---

Links: Die Bozner Nachrichten berichteten am 16. Juli 1923 über seine Rede und seine Forderungen. Rechts: Die Rede Tolomeis wurde in der Folge von den Faschisten als Broschüre gedruckt und in hoher Auflage unter die Leute gebracht.

Fortsetzung von S. 3

In diesen „provedimenti“ forderte Tolomei das **Verbot des Namens Tirol**, die **Beseitigung aller deutschen Schulen**, das **Verbot der deutschen Parteien**, die **Verpflichtung zur italienischen Amtssprache** und die **Italianisierung aller Orts- und Flurnamen** bis hin zu den Namen der Berge, Täler und Wasserläufe. Letztlich forderte er auch noch die **Italianisierung aller deutschen Familiennamen**.

Was Tolomei hier forderte, war bereits zum offiziellen Regierungsprogramm geworden.

Verbot des Namens „Tirol“



Nun ging es Schlag auf Schlag. Am 7. August 1923 verbot der in Trient amtierende Präfekt Guadagnini im Auftrag der Regierung alle Bezeichnungen, in denen der Name „Tirol“ enthalten war.

Als subregionale Bezeichnungen sind nur gestattet Alto Adige für den nördlichen Teil der Provinz Trient und Trentino, wie man sagt, für den südlichen Teil.
 Provisorisch und toleranzhalber ist der Gebrauch der Ausdrücke „Oberetsch“ und „Etschländer“ als den Alto Adige und Athesino entsprechenden Ausdrücken gestattet.
 Jede andere Bezeichnung ist verboten und besonders jene wie Südtirol, Deutschsüdtirol, Tiroler oder andere gleichwertige oder ähnliche. Uebertretungen des vorliegenden Dekretes werden nach Art. 484 des Strafgesetzbuches geahndet.
 Drucksachen, Manifeste, Zeitungen, Anzeigen, Aufschriften, Kundmachungen, illustrierte Karten etc., auf denen sich verbotene Bezeichnungen befinden, werden von den Funktionären und Agenten der Gerichtspolizei beschlagnahmt.
 Der Quästor von Trient, der Vizepräfekt von Meran und die Unterpräfekten der Bezirke sind mit der Durchführung des vorliegenden Dekretes, das am 15. Tage nach Unterzeichnung in Kraft tritt, beauftragt.
 Trient, am 7. August 1923.
 Der Präfekt: gez. Guadagnini.



Die Zeitung „Der Tiroler“ musste ihren Namen umändern in „Der Landsmann“.

Das Ortsnamens-Fälscherwerk

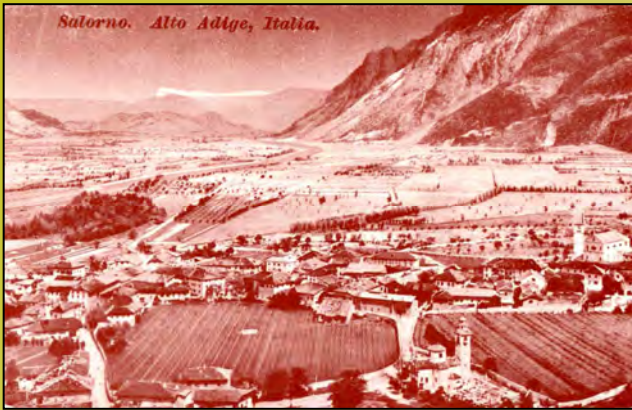
Mussolini wurde Ende Oktober 1922 Ministerpräsident. Am 23. März 1923 trat das von ihm und dem König unterzeichnete Königliche Dekret Nr. 800 in Kraft, welches 222 Südtiroler Gemeinden und weiteren 66 Orte mit Postamt oder Bahnhof amtliche italienische Namen verpaßte, die zum Großteil von dem Scharlatan Ettore Tolomei frei erfundenen worden waren.



Wie eine damalige Postkarte zeigt, war aus Meran „Merano“ geworden und aus Marling „Marlengo“.

Fortsetzung auf S. 5

Fortsetzung von S. 4



Aus Salurn war „Salorno“ geworden, welches sich nun im „Alto Adige“ statt in Südtirol befand.



Aus Antholz-Mitterthal im Pustertal war nun ein „Mezzavalle“ im „Val Anterselva“ im „Val Pusteria“ geworden.

Am 10. Juli 1940 trat das von dem faschistischen Diktator Benito Mussolini unterzeichnete Königliche Dekret Nr. 174 in Kraft [. .]

Den kompletten Artikel können Sie auf der Seite des Südtiroler Informationsdienstes einsehen:

<https://suedtirol-info.at/100-jahre-unrecht-planung-der-entnationalisierung-suedtirols/>

Eine endlose Geschichte: Polnische Reparationsforderungen



„Beglichene Rechnungen soll man nicht noch einmal präsentieren – und schon gar nicht nach Jahrzehnten. Zwei europäische Länder halten das andres: Griechenland und Polen. Immer wieder einmal stellen sie Reparationsforderungen für den Zweiten Weltkrieg in exorbitanter Höhe“

So schreibt Bruno Bandulet in seinem Beitrag: *Fern jeder Realpolitik. Zweiter Weltkrieg: Obwohl Polen früher auf Kriegsreparationen verzichtet hat, läßt Warschau erneut Ansprüche prüfen – nach über 70 Jahren* (Junge Freiheit vom 25. August 2017, S. 9).

Der Chef der polnischen Partei Recht und Gesetz (PiS), Jarosław Kaczyński, auf einem Parteikongreß im Sommer 2017:

„Wir reden von riesigen Beträgen und darüber, daß Deutschland sich lange geweigert hat, Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zu übernehmen.“

Fortsetzung auf S. 6

Fortsetzung von S. 5

Wenn man sich damals auch nicht auf eine bestimmte Forderung einig war, so geisterten Summen zwischen 845 und 1.800 Milliarden Euro durch den polnischen Blätterwald; das konservative Wochenblatt *Sieci* legte noch eine Schippe drauf:

„Sechs Billionen Dollar schulden uns die Deutschen für den Horror des Krieges.“

Sechs Jahre später klingt die polnischen Reparationsforderung – nach dem seit Ende 2022 vorliegendem polnischen Gutachten – schon fast wie ein Schnäppchen: 1,3 Billionen Euro:

„Der Wahlkampf hat schon begonnen. Dieses Thema spielt darin eine gewichtige Rolle. »Die Deutschen haben ihre Schulden nicht beglichen und wir lassen nicht locker,« sagt der mächtigste Mann in Polen Jarosław Kaczyński“ (RBB/siehe auch Bild unten S. 5; wiederholt am 29. Juni 2023: <https://www.rbb-online.de/kowalskiundschmidt/reportage/streit-um-reparationsforderungen---soll-deutschland-an-polen-zah.html#top>).

Offensichtlich schwillt den PiS-Leuten in Polen – Frontstaat im Ukrainekrieg – der Kamm: Unbestätigten Meldungen zufolge will man bei einer russischen Niederlage nicht leer ausgehen und phantasiert von einer Rückgabe der Enklave Königsberg und im Falle eines Auseinanderbrechens der Ukraine liebäugelt man mit Teilen der Westukraine.

Auf Reparationen hatten sich die sogenannten Alliierten – die Sowjetunion, Großbritannien und die USA (nicht auch Frankreich!) – auf der Potsdamer Konferenz geeinigt:

„Die geplanten Reparationen sollten nicht, wie es die Sowjets wünschten, aus Gesamtdeutschland herausgezogen werden. Statt dessen sollte sich jeder aus seiner eigenen Besatzungszone bedienen – eine reparationspolitische Spaltung Deutschlands noch vor der endgültigen politischen Teilung. Im Gegenzug akzeptierten die Amerikaner die Oder-Neiße-Linie und die »Überführung« der Ostdeutschen in den Westen. Außerdem wurde vereinbart, daß die Sowjetunion die Reparationsansprüche Polens aus ihrer Zone zu befriedigen hatte, während die Westmächte mit den übrigen Staaten teilten.“

Ergo lag es im sowjetischem Ermessen, was und wieviel Polen aus der Beute bekam: Die Alliierten schalteten und walteten nach Gutdünken, eine deutsche Verantwortlichkeit gab es nicht.

Fünf Verbündete des Dritten Reiches schlossen Friedensverträge mit den Alliierten, nicht aber mit dem Verlierer des Zweiten Weltkrieges: Dieses „Damoklesschwert der Reparationen“ schwebte noch 1990 über den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen 1990 über Deutschland: Vieles spricht dafür, so Bandulet weiter, daß Helmut Kohl

„damals nur deswegen mit der völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zögerte, um im Gegenzug das Reparationsproblem loszuwerden. Dieses gelangte denn auch nicht in den Vertrag und war damit erledigt. Alle Seiten waren sich einig, daß der Vertrag eine endgültige Regelung der aus dem Krieg rührenden Fragen bringen sollte und als Ersatz für einen Friedensvertrag anzusehen sei.“

Kohl und Genscher sahen – darüber läßt sich im Nachhinein streiten – das Zeitfenster zur Wiedervereinigung nur einen Spaltbreit offen: Für einen Friedensvertrag mit den SS Kriegsgegnern – dies wurde seinerzeit in der Öffentlichkeit auch *nicht* groß kommuniziert – drängte die Zeit. Polen hätte jetzt – 1990 – die Gelegenheit gehabt, Reparationsforderungen zu stellen: Es stellte aber keine. Andererseits hatte Polen schon 1953 „auf weitere deutsche Reparationen verzichtet.“

Zudem wurden Polen nach dem Warschauer Vertrag mit der BRD 1972 für NS-Opfer 100 Millionen DM ausbezahlt, die allerdings nur zu einem Bruchteil bei den Opfern landeten. Nichtsdestotrotz gab Deutschland Polen 1975 noch einen Finanzkredit von einer Milliarde DM,

„der sich später als Geschenk entpuppte. Zusätzliche Milliarden flossen ab 1976 und nach 1990.“

Bandulet meint in seinem Artikel aus 2017: „Gegenrechnungen aufzumachen gilt im heutigen Deutschland als politisch inkorrekt.“ Im Zusammenhang mit dem Warschauer Vertrag argumentierte Willy Brandt gegenüber dem polnischen KP-Führer, Władysław Gomułka,

„daß Polen ein Drittel des deutschen Staatsgebietes erhalten habe und dazu das Eigentum der deutschen Vertriebenen von kaum mehr schätzbarem Wert. Der materielle Wert des südlichen Ostpreußens, Ost-Pommerns, Ost-Brandenburgs und vor allem Schlesiens mit seiner Industrie, seinen Kohlebergwerken und anderen Rohstoffvorkommen: Wer sollte die Milliardenwerte berechnen!“

Polen trat 2004 offiziell der EU bei:

„Nach Berechnungen von Franz-Ulrich Willeke, emeritierter VWL-Professor an der Universität Heidelberg, kamen von EU-Nettleistungen, die Warschau im Zeitraum 2003 bis 2014 aus Brüssel erhielt, stolze 25,5 Milliarden Euro aus Deutschland“ (Bandulet).

Seit 2017 vergeht *kein* deutsch-polnisches Treffen, ohne daß Polen nicht seine Reparationsforderungen immer wieder vorbringt, so erneut, wie oben erwähnt, in diesem Sommer. Entsprechend handelt die polnische Regierung „fern jeder Realpolitik“ (Bandulet).

Leidtragende hierbei sind die Angehörigen der deutschen Minderheit, denn, darauf wurde in unserem Kurier mehrfach verwiesen, diesen werden die Gelder für Deutschunterricht gekürzt.

Herbert Karl

Oder-Untergang 2.0 oder Wie Warschau sehenden Auges auf eine Umweltkatastrophe gigantischen Ausmaßes zusteuert

Was im vorigen Jahr die Welt in Atem hielt, droht sich leider auch heuer zu wiederholen: In der Oder sterben nämlich erneut massenhaft Fische. Um den 12. Juni herum tauchten ähnlich wie schon 2022 im Gleiwitzer Kanal sowie im von ihm abzweigenden Kandrzin-Cosel-Kanal größere Mengen an Fischkadavern auf. Offensichtlich führten die sommerlichen Temperaturen in Verbindung mit den in aller Regel unbehandelten salzhaltigen Industrieabwassereinleitungen in Oberschlesien zu einer Blüte der hier ökologisch gar nicht hingehörenden Brackwasseralge *Prymnesium parvum*, deren Gift die Kiemen der Wassertiere geradezu verbrennt, aber auch Landtiere und Vögel tötet.

In Wasserproben konnte die hochgiftige Art mit Hilfe einer neuetablierten Analytik inzwischen im gesamten Oderverlauf nachgewiesen werden, wo sich die Problematik durch den fortschreitenden Flußausbau nochmals verstärkt. Augenscheinlich gibt es in Polen ein komplexes, staatlich sanktioniertes System zur versteckten Entsorgung von Salzen u.a. Abfallstoffen in die Flüsse, bei dem die entstehende Giftbrühe samt Tierleichen durch koordinierte Schleusenöffnungen weggespült wird. In diesen Zusammenhang fallen auch die permanenten Grubenwasserablassungen der staatlichen Bergwerke, die seit jeher von den polnischen Behörden gedeckt werden.

Oberschlesiens Angler setzen die von ihnen in Fließgewässern gefangenen Fische daher schon lange wieder zurück und kaufen deren für die eigenen Teller vorgesehene Vettern aus gutem Grund lieber im Geschäft. Weiter flußabwärts blühte dennoch über viele Jahre der Angeltourismus, wurde dann aber vor einem Jahr hierin von *Prymnesium* abgelöst. Durch die neuerliche Algenblüte sah sich die Regierung in Warschau immerhin erstmals zu einem zumindest scheinbaren Handeln bemüht: Umweltministerin Anna Moskwa berief einen Krisenstab ein, der eine vorübergehende Abriegelung der Oder-Altarme, die Errichtung von „Barrieren“ in Rückhaltebereichen, eine Anreicherung des Flußwassers mit Sauerstoff sowie eine zentrale Steuerung der Einleitungsmengen von Industrieabfällen empfahl.

Tatsächlich entlarvte sich all das freilich bald als eine weitere für das Land typische Vertuschung: Auch nachher wies z.B. die Klodnitz teilweise einen Salzgehalt wie die Ostsee auf, und das Wasser der Bierau / Birawka war sogar oft so salzig wie der Atlantik. Gerade einmal eine Woche vor dem jüngsten Auftauchen der Giftalge in Oberschlesien hatte es in Schwedt und im polnischen Ostteil von Frankfurt/Oder deutsch-polnische Ministergespräche über die Situation am beide Städte verbindenden Fluß gegeben. Während BRD-Umweltministerin Steffi Lemke dabei die bisherigen Pläne für einen sog. Ausbau der Oder als „obsolet“ bezeichnete, forderte ihre polnische Kollegin nachdrücklich ein Festhalten am beiderseitigen Wasserwege-Vertrag von 2015, der diese Flußumgestaltung beinhaltet.

Dabei müßte doch eigentlich jedermann klar sein, daß durch solche Maßnahmen wichtige natürliche Lebensräume fundamental zerstört, Laich- und Rückzugszonen für Fische von der Oder abgetrennt und v.a. durch vermehrten Wasserabfluß sowie neue Staustufen ideale Bedingungen für Algenblüten geschaffen werden! Ohnehin ist die fatale Austrocknung weiter Landstriche an Oder und Weichsel schon lange nicht mehr zu übersehen, auch wenn man sie in Warschau ebenso billig wie unrichtig dem Klimawandel anlastet. Mitte Juli hat die PiS, die ihre Politik unter Mißachtung selbst polnischer Gerichtsurteile (der Buhnenbau an der „Grenz-Oder“ etwa ist in vollem Gange, obwohl er vom Obersten Verwaltungsgericht in Warschau untersagt wurde) weiterhin rücksichtslos vorantreibt, ihre Haltung durch ein „Oder-Sondergesetz“ inmitten von einigem pseudo-umweltschützerischem Blendwerk nochmals zementiert.

Während man auf solche Weise die bestehenden Probleme ignoriert, werden diese keinesfalls kleiner – im Gegenteil: Die neuen Algenblüten scheinen nämlich bereits bei einer deutlich geringeren Salinität als im Vorjahr entstanden zu sein. Ob dies an einer Verschiebung der Anteile verschiedener *Prymnesium*-Stämme oder aber an einer Mutation der Alge liegt, ist bisher unklar. In jedem Fall wird es dadurch immer schwerer, künftige Flußvergiftungen zu verhindern. Wenn die polnische Regierung nicht schleunigst ihre völlig unverantwortlichen Pläne zur Errichtung eines ausgedehnten Tiefwasserstraßennetzes zwischen Ostsee und Schwarzem Meer beendet, das für sie offensichtlich im Kontext der Schaffung eines territorial noch weiter ausgreifenden Großpolens steht, vor allem nicht umgehend die natürlichen Gewässerhältnisse insbesondere an der immer noch ein bedeutendes Naturareal bildenden Oder soweit wie möglich wiederherstellt, wird eine allgemein einschneidende Umweltkatastrophe von bisher ungekanntem Ausmaß zunehmend unabwendbar.

Unser Autor Prof. Dr. Thomas W. Wyrwoll ist Vorsitzender des Königsberger Arbeitskreises für Naturkunde und Ostpreußenforschung AV.

*Bild: Das Fischsterben an der Oder vom Jahr 2022 war nur der Anfang, wenn Warschau seine Umweltpolitik nicht komplett umstellt . . .
(Foto: Hanno Böck, CC 0)*



Die Ansiedlung der Dondeutschen im 19. Jahrhundert

Unter den deutschen Kolonisten in Rußland bilden die sogenannten Dondeutschen eine eher vergessene Entität; dies hängt vor allem damit zusammen, daß die Quellenlage sehr schmal ist. Zudem handelt es sich auch um eine relativ kleine Landsmannschaft, die zu Beginn des Ersten Weltkrieges lediglich 35 000 Personen umfaßte.

Die Ansiedlung der Deutschen im Dongebiet erfolgte relativ spät, erst Ende der 1860er Jahre. Allerdings ließen sich auch schon davor in diesem riesigem Areal, dem sogenannten Kosakengebiet zahlreiche Deutsche nieder. Die Siedlungsgeschichte der Dondeutschen umfaßt, wie eine neuere Untersuchung von Reinhard Nachtigal zeigt, einen relativ kurzen Zeitabschnitt von nur 100 Jahren.

Bemerkenswert sind vor allem die recht ungewöhnlichen Anfänge der deutschen Besiedlung des Dongebiets. Im Gegensatz zu den früheren unter Katharina II. *systematisch* geförderten Ansiedlung verlief die deutsche Besiedlung hier im Wesentlichen ungesteuert ab.

Eine Besonderheit hierbei war, daß sich vor den deutschen Bauern, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hier am Unterlauf des Dons, also im Hinterland des Asowschen Meeres erschienen, Deutsche sich schon in den Städten – Taganrog, Novočerkassk und Rostow – niederließen.

Unter den russischen Beamten, Offizieren und Kaufleuten war die Zahl der Deutschen, u. a. auch aus dem Baltikum beträchtlich. Dies hing damit zusammen, daß es für die Städte im Kosakengebiet keine Beschränkung für die Ansiedlung von Nicht-russen gab. Dagegen gab es bis in die 1860er Einschränkungen der Ansiedlung im ländlichen Raum:

„Bis dahin war die ländliche Ansiedlung von Nichtkosaken im Gebiet des Donischen Heeres faktisch unmöglich, womit sich das deutsche kolonistische Element dort von den Schwarzmeerdeutschen oder gar der Wolgadeutschen grundsätzlich unterschied“ (Nachtigal, S. 14, Rekurs auf: Brandes, Malinovskij und Neutatz).

Erst nach 1860 fand eine systematische Kolonisation des Dongebietes statt: Dies hing eng mit der deutschen Besiedlung der südöstlichen Ukraine – den Gouvernements Ekaterinoslav und Taurien – zusammen. Entsprechend muß hier kurz auf die ab den 1820ern stattgefundene deutsche Kolonisation eingegangen werden. Diese erfolgte systematisch nach dem sogenannten »Mariupoler Plan« zwischen den Flüssen Berda und Kalmius.

Dieser Aspekt, daß die Besiedlung des Kosakenlandes erst zwei Generationen nach der anlaufenden Besiedlung der Südostukraine erfolgte, muß unter rein rechtlichen Gesichtspunkten gesehen werden.

Allerdings entstammten die Dondeutschen *nicht* ausschließlich dieser Gruppe deutscher Kolonisten „des Mariupoler Plans mit seinem geistlichen Zentrum, der Kirchpfarre Grunau, und dessen beiden westlichen Mutterkolonien Chortica und Moloč-na“ (Nachtigal, S. 14).

Unter anderem kamen sie auch aus Russisch-Polen. Nicht zu vergessen sind die Zuzüge aus Innerrußland oder direkt aus Deutschland. Unter dem Finanzminister Sergej Ju. Witte und dem späteren Ministerpräsidenten Pëtr A. Stolypin spielte die *innerstaatliche* Kolonisation im Russischen Reich eine bedeutende wirtschaftliche und demographische Rolle (Nachtigal, S. 15).

Nach den napoleonischen Kriegen zogen deutsche Kolonisten auf ihrem Weg in den Kaukasus durch das Dongebiet; dieser Kolonistenstrom hinterließ aber hier *keine dauerhaften* Spuren:

„Seit 1817 reisten Siedler durch die Ukraine und das Dongebiet nach Vladikafkaz. Von dort zogen sie über die Grusinische Heerstraße in den Südkaukasus und gründeten seit 1818 Kolonien“ (Nachtigal, S. 15).

Fortsetzung auf S. 9

Fortsetzung von S. 8

Später 1863/64 reiste ein zweiter Zug nach der Gründung der Mennoniten-Brüdergemeinde von der Moločna an den Mittellauf des Kuban: An dessen linken Ufer entstanden hier zwei Mennoniten-Ansiedlungen. Dieses von Tscherkessen bewohnte Gebiet zwischen Kubanfluß und dem Schwarzen Meer kam erst 1864 definitiv an Rußland. Wie das Dongebiet erwies sich auch das Kubangebiet „als ein ebenfalls spätes Siedlungsreservoir in der Geschichte der deutschen Kolonisation, das ebenfalls noch auf die Erforschung seiner Besiedlung wartet“ (Nachtigal, S. 15). Beide Gebiete aber wiesen den gleichen Charakter wie das 80 Jahre vorher unter Fürst Potemkin besiedelte Schwarzmeer-Hinterland auf: Sie geschahen nach einem mit genügend Land ausgestattetem Plan.

Auch die

„nordkaukasischen Neugründungen in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg weisen dann die gemeinsamen sozio-ökonomischen Merkmale anderer rußlanddeutscher Ansiedlung im späten Zarenreich auf, also etwa der im Dongebiet und in Westsibirien [. . .]

Gleichzeitig verweisen uns die verschiedenartigen Migrationsströme der Deutschen, sowohl von außerhalb nach Rußland als auch innerhalb des Zarenreiches, auf verschiedene Beweggründe der Deutschen für ihre Wanderzüge“ (Nachtigal, S. 15).

Auf diese wird in einer weiteren Folge berichtet.

Zum Schluß noch ein paar Begriffserläuterungen:

Dongebiet ist die Region, die durch den Donez und den Unterlauf des Dons in das Asowsche Meer entwässert wird.

Mit der Grusinischen Heerstraße ist die Georgische Heerstraße, die den Nordkaukasus mit dem Süden verbindet, gemeint; in der Sowjetära hieß Georgien Grusinische Sozialistische Sowjetrepublik.

Taurien wurde in Assoziation auf ihre griechische Vergangenheit die Krim mit dem dahinterliegenden Umland – der nogaischen (krimische) Steppe, das Gebiet der tschernomorskischen Kosaken sowie die zwischen der Kubanmündung gelegen Halbinsel Taman – bezeichnet (siehe Bild: Karte Neuußlands und der nördlichen Schwarzmeer-Küste aus 1855).

Literatur

Detlev Brandes: Von den Zaren adoptiert: Die deutschen Kolonisten und die Balkansiedler in Neuußland und Bessarabien 1751-1914 (Schriften des Bundesinstitut für . . . der Deutschen im östlichen Europa, Band 2;

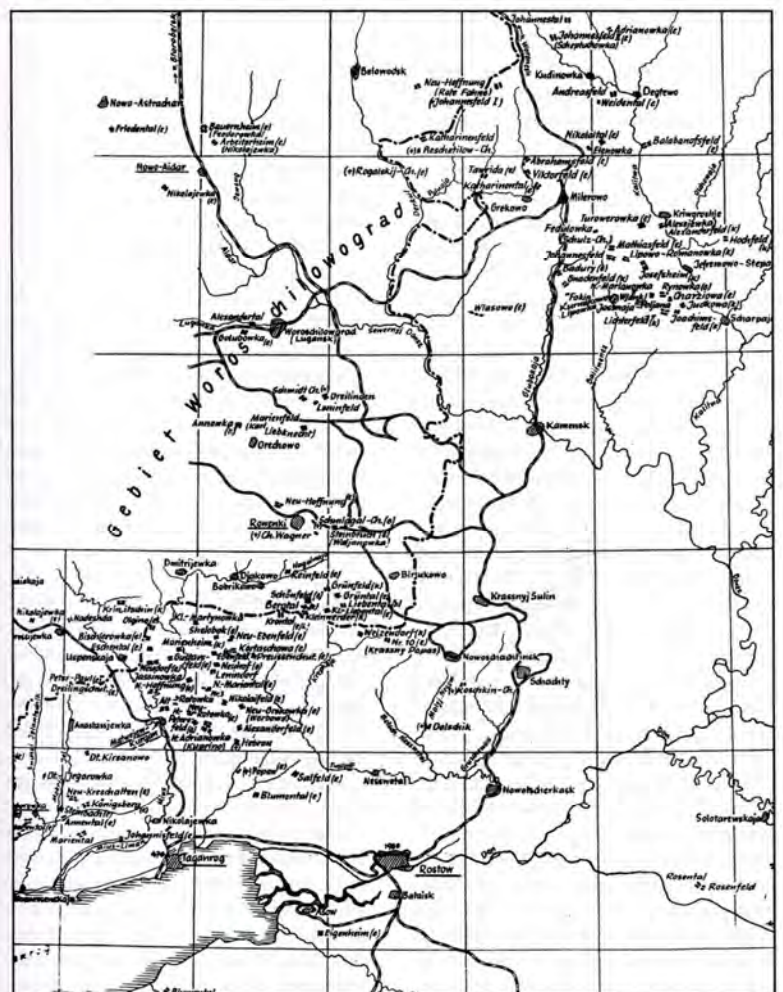
Lev Malinovskij: Die Eigentumsfragen bei den rußlanddeutschen Bauern im 18. und 19. Jh. und ihre Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Siedlungen, in: Dittmar Dahlmann, Ralph Tuchtenhagen: Zwischen Reform und Revolution: die Deutschen an der Wolga, 1860-1917, 1994; S. 48 – 60;

Reinhard Nachtigal: Die Dondeutschen 1830 bis 1930, Augsburg 2005;

Dietmar Neutatz: Die „deutsche Frage“ im Schwarzmeergebiet und in Wolhynien. Politik, Wirtschaft, Mentalitäten und Alltag im Spannungsfeld von Nationalismus und Modernisierung (1856-1914). Stuttgart: Franz-Steiner-Verlag 1993 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, 37).

(Fortsetzung folgt)

Herbert Karl



Das Kolonienest bei Matveev Kurgan und Rovenki, im Bezirk Donez und die Kolonien bei Ejsk.

[JOACHIM FERNAU](#)

Caesar lässt grüßen
Die Geschichte der Römer

Artikelnummer: 95411
ISBN / EAN: 9783868206456

384 S., geb., Preis: 7,95 €

Verlagstext:

Bei Fernau beginnt die Römische Geschichte als heiter bukolische Sage noch vor Romulus und Remus und endet mit einem Paukenschlag bei den Soldatenkaisern. Hier werden 1000 Jahre Geschichte zu einem lebendigen Abenteuer, Vergangenheit wird miterlebt und ihre Gestalten erscheinen als Zeitgenossen, mit denen wir reden, lachen und weinen können. Fernau erzählt von menschlichen Schwächen, die sich damals wie heute hinter den Kriegen der Mächtigen und den Intrigen der Politiker verbergen, macht nüchterne Lesebuchdaten und -fakten transparent und Hintergründe sichtbar. Noch nie ist Cäsar so erkannt, noch nie sind Sulla, Marius, Augustus, Claudius so durchschaut worden. Bis zur letzten Seite glaubt man mit Fernau wirklich unter Römern gelebt zu haben und es dauert lange, bis man sich aus dieser Welt wieder lösen kann – hellsichtiger und klüger.

https://jf-buchdienst.de/Buecher/Geschichte/Caesar-laesst-gruessen.html?utm_source=JF+Buchtipps&utm_medium=email&utm_campaign=04-08-2023+Caesar+I%C3%A4%C3%9Ft+gr%C3%BC%C3%9Fen%21&utm_content=Mailing_14536050



PREUSSEN KURIER
HEIMATNACHRICHTEN FÜR OST- UND WESTPREUSSEN IN BAYERN

Ausgabe 2 / 2023 – 14. Jahrgang



Neuteich (Kr. Großes Werder/Westpr.), Marktplatz mit ehemaliger ev. Kirche (Foto: Rainer Claaßen)

Liebe Landsleute, liebe Leser,

wenn Sie dieses Heft aufblättern, ist ein Teil von uns noch immer in der Heimat unterwegs – es ist ein Prachtsommer mit dem typischen „Ostpreußenwetter“, strahlender Sonnenschein und ab und zu ein kleines „Gewitterchen“, das den nötigen Regen mitbringt! So soll es sein. Dieses Heft enthält, neben einigen landsmannschaftlichen Nachrichten, mehrere Kurznachrichten von Prof. Dr. Thomas W. Wyrwoll, die Erlebnisse ostpreußischer Schüler bei ihrem Besuch in Bayern, niedergeschrieben von Pia Lingner-Böld, den ersten Teil eines Beitrages von Landeskulturreferent Dr. Jürgen Danowski über die ostpreußische Schlagersängerin Alexandra, einen Gastkommentar der Hamburger Königsbergerin Gabriele Schwarze, die sich heute mit dem skandalösen Vorhaben der Evangelischen Kirche, die Danziger Paramente an Polen zu verschenken, auseinandersetzt, zwei Beiträge von Jörn Pekrul über Leben und Werk Agnes Miegels sowie über die Geschichte einer ostpreußischen Familie, die im Westerwald ein gemütliches kleines Hotel betreibt, und im letzten Teil stellt sich Franziska Lüttich vor, die einen nicht alltäglichen Beruf ausübt, zu dem sie nicht nur durch Erzählungen älterer Leute inspiriert wurde, sondern vor allem auch durch ihre allseits bekannte Schwiegermutter Uta Lüttich! Wir freuen uns, daß Frau Lüttich ihre interessante Geschichte für uns aufgeschrieben hat, und wünschen Ihnen wie immer viel Freude beim Lesen, Blättern und Schauen!

Christoph M. Stabe, Landesvorsitzender Rainer Claaßen, stellvertretender Landesvorsitzender

- 2 -

Sommerfäden

Mädchen, sieh, am Wiesenhange,
Wo wir oft gewandelt sind,
Sommerfäden, leichte, lange,
Gaukeln hin im Abendwind.

Deine Worte, laut und munter
Flattern in die kühle Luft;
Keines mehr, wie sonst, hinunter
In des Herzens Tiefe ruft.

Winter spinnet los und leise
An der Fäden leichtem Flug,
Webt daran aus Schnee und
Eise
Bald den Leichenüberzug.

Künden mir die Sommerfäden,
Daß der Sommer welk und alt,
Merk ich es an deinen Reden,
Mädchen, daß dein Herz wird
kalt!

Nikolaus Lenau

HOH(L)SPIEGEL:

„Schön, dass noch jemand die Belange der Aussiedler problematisiert“
Schreiben von WM aus Bayern

Bildnachweis:

Karten, Bilder und Graphiken stammen—wenn nicht extra gekennzeichnet— aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.
Red./HK

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144
SPRECHER Vadim Derksen:
0176 82072670

STELLV. SPRECHER :
Martina Kempf
Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Carlw
IBAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de